

Juni 2006

Insbesondere zwei Tendenzen wirken derzeit gegen die europäische Einheit. Die erste ist die protektionistische Tendenz, die weltweit an Boden gewinnt und durch die wachsende Abneigung der über die Auswirkungen der Globalisierung besorgten Bürger ausgelöst wird, die Anwendung der multilateralen Übereinkünfte und der im Rahmen der WTO, des IWF, der G8 und sonstiger ähnlicher Einrichtungen erarbeiteten Lösungen widerspruchslos hinzunehmen. Die zweite Tendenz besteht in den divergierenden Politiken der Mitgliedsländer der Europäischen Union und ist die Folge des Stillstands, in dem die europäische Integration sich befindet und der diese Länder eines supranationalen Bezugsrahmens für ihre Politiken beraubt.

Im Lichte der Wechselwirkung zwischen diesen beiden rückläufigen Tendenzen - einer globalen und einer europäischen -, die Vorzeichen für neue Spaltungen sowie für Misstrauen und Zwietracht sind und die Politiken des *chacun pour soi* und des *beggar thy neighbour* befördern, muss das in einem Großteil der europäischen Länder herrschende politische, wirtschaftliche und soziale Unbehagen gesehen werden. Dieses Unbehagen ist inzwischen auch in Frankreich, Deutschland und Italien offenkundig und akut, d. h. in den drei größten unter den Gründerländern der ersten europäischen Gemeinschaften, die den Weg der Zusammenarbeit und der Öffnung der Grenzen als Mittel für den schrittweisen Aufbau einer europäischen Föderation - und nicht als Selbstzweck - gewählt hatten.

In Frankreich wird der Protest gegen die Globalisierung und gegen den Markt Europa mit seinen beiden Nebenerscheinungen, nämlich der Liberalisierung des Wettbewerbs und dem Abbau des Sozialstaates, immer radikaler und bedroht die Regierbarkeit der *République*. Es handelt sich um eine Protestbewegung, die nicht einfach Ausdruck des französischen Sonderweges oder des Widerstandes der "France profonde" gegen jedwede Art von Veränderung ist. Eine Art globaler Enttäuschung geht überall um. Jedoch nur in Frankreich verbindet sich diese Enttäuschung mit der Furcht vor der schrittweisen Marginalisierung der europäischen Zivilisation und dem Schwinden der Rolle des Staates, der das Erbe einer Revolution ist, die nach einem schwierigen und oftmals widerspruchsvollen Weg dazu beigetragen hat, die Achtung der Rechte, die Sicherheit und den Wohlstand der Menschen zu fördern. Die Schwächung der europäischen Perspektive stärkt die vielgestaltige Front des französischen Patriotismus gegenüber einer europäischen Rhetorik, die für ein *Europe puissance* eintritt, die jedoch nicht den Mut hat, für das zu kämpfen, was dies nach sich zieht, nämlich den Aufbau eines Europäischen Staates.

In Deutschland bemüht sich die Regierung ungeachtet der vordergründigen Erklärungen zur Unterstützung der Rolle Europas und seiner Institutionen seit längerem darum, die autonome Rolle der deutschen Wirtschaft und Außenpolitik auf europäischer und internationaler Ebene zu stärken. Dank seiner geografischen Lage und seiner Produktionskapazitäten verfügt Deutschland über ein Entwicklungspotential, über das kein anderes westeuropäisches Land verfügt noch hoffen kann, jemals alleine zu verfügen. Dank der Wiedervereinigung und der Vorzugsabkommen, die mit den Ländern Osteuropas und mit Russland auf dem Gebiet der Entwicklung der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastrukturen sowie im Energiesektor geschlossen wurden, ist die deutsche Wirtschaft noch immer stärker als die französische und die britische. Bestätigt wird dies durch den Umstand, dass die Aussichten für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung in Europa nicht so sehr von europäischen Pseudoplänen als vielmehr von der Zugkraft der deutschen Produktion als Lokomotive für den Rest Europas abhängen. Auch auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik besteht offenkundig die Versuchung, sich eine eigene Rolle "zurechtzuschneiden". In Mittel- und Osteuropa, in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien hat Deutschland die eigene Stellung als regionale Mittelmacht ausgebaut, die sich unabhängig von den übrigen europäischen Ländern bei den USA, Russland und China Gehör verschaffen will. Dieser Kurs der deutschen Politik kann in den

Nachbarländern und selbst innerhalb Deutschlands nur Besorgnisse wecken und zu Spannungen führen. Ohne eine europäische Verankerung wird das Bedürfnis Deutschlands, sich um neue Ressourcen und Absatzmärkte zu bemühen, um die sozialen Ungleichgewichte im Lande zu beseitigen und sich eine Sicherheit zu verschaffen, die durch die Instabilität seiner östlichen Nachbarländer und das Wiedererstarken der russischen Macht immer stärker bedroht wird, mit Sicherheit immer mehr nationalistische Züge annehmen.

In Italien - seit jeher das schwache Glied in Europa - haben die jüngsten Parlamentswahlen das Bild eines Landes vermittelt, das immer stärker in der Krise steckt und immer schwieriger zu regieren ist. Populismus und Extremismus, zuweilen sogar Verherrlichung des Faschismus haben den Wahlkampf bestimmt. Die neue Regierung ist in die Defensive gedrängt. Sie muss vor allem das Problem angehen, wie die demokratische und einheitliche Verfassungsordnung des Staates gewahrt werden kann, um einen Zusammenbruch zu verhindern. Darüber hinaus muss sie die schwierige Aufgabe angehen, Italien in der Wirtschafts- und Währungsunion zu halten. Sollte dies nicht gelingen, befände die Europäische Union sich in einer weiteren tief greifenden Krise, die innerhalb der Union zu bewältigen wäre, wobei diese jedoch nicht über die dazu erforderlichen Mittel verfügt. Eine tief greifende Krise in Italien bliebe nicht ohne Folgen für den Rest Europas. Gleichzeitig muss Italien mehr als jedes andere Land an dem Ziel der Europäischen Föderation festhalten. Daher müsste es gerade zu einem Zeitpunkt, da dieses Ziel offensichtlich nicht auf der Tagesordnung steht, im Interesse der politischen Klasse und der öffentlichen Meinung in Italien liegen, dieses Ziel mit kohärenten und glaubwürdigen Entscheidungen und Vorgehensweisen wieder aufs Tapet zu bringen.

Die wachsende Zustimmung, die einige politische Bewegungen, die sich etwa in Frankreich auf den *chouvinisme*, in Deutschland auf die *Realpolitik* und in Italien auf den Populismus berufen, in breiten Schichten der Öffentlichkeit in den einzelnen Ländern finden, ist per se ein spürbares Zeichen für die Entartung der politischen Auseinandersetzung in Europa.

Um aus dieser potenziell explosiven Lage herauszukommen, müssen Frankreich, Deutschland und Italien von drei Tatsachen ausgehen, von denen man nicht absehen kann, wenn man Europa wirklich schaffen will. Die erste Tatsache besteht darin, dass es *auch* von den Europäern abhängen wird, dass - sobald das Fundament für die Schaffung eines europäischen Pols gelegt ist - *ein Beitrag* zur Errichtung einer ausgewogeneren und gerechteren Weltordnung *geleistet wird*, der zu diesem Zweck notwendige *Aufbau* Europas jedoch *einzig und allein* vom Willen einiger Länder abhängt, einen Europäischen Bundesstaat zu gründen. Zweitens ist es eine Tatsache, dass im Rahmen der Initiative zur Gründung eines neuen Europäischen Staates unabhängig von der Rhetorik der Gemeinschaftsinstitutionen, wonach alle Länder in gleicher Weise zur europäischen Integration beitragen, zumindest in der Anfangsphase nicht auf Frankreich und Deutschland verzichtet werden kann. Daraus ergibt sich die dritte Tatsache: Die Zeit für den Aufbau Europas deckt sich mit der Zeit, in der Frankreich und Deutschland bereit sein werden, die bilaterale Zusammenarbeit immer mehr zu vertiefen und das Projekt einer Union zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel der Errichtung des ersten Kerns des Europäischen Bundesstaates voranzutreiben.

Wenn dies zutrifft, dann besteht das ernsthafte Risiko für Europa darin, dass die jeweiligen nationalen Politiken und Interessen dieser beiden Länder gegebenenfalls auseinanderlaufen. Es handelt sich um ein konkretes Risiko, das durch das Bestehen des schwachen institutionellen Rahmens der Europäischen Union und des Euro nicht gebannt wird und auch nicht durch Projekte zur Schaffung einer europäischen Pseudo-Regierung für die Bereiche Wirtschaft und Sicherheit umgangen werden kann, die sich auf die freiwillige Zusammenarbeit der Staaten stützt, wie manch einer sich dies erträumt. Daher muss unverzüglich gehandelt werden. Für die Regierungen, die politischen Klassen und die Parlamente Frankreichs und Deutschlands ist der Zeitpunkt gekommen, sich der enormen geschichtlichen Verantwortung bewusst zu werden, die auf ihnen lastet, und zu beschließen, die Schaffung des Europäischen Bundesstaates im Rahmen einer spezifischen Initiative entweder zu fördern oder dies durch Nichtstun einfach zu verhindern. Für die Regierungen, die politischen Klassen und die Parlamente der übrigen Länder - ausgehend von Italien und den anderen Gründerstaaten - handelt es sich darum, dieses Bewusstsein zu fördern und in föderale europäische Lösungen einfließen zu lassen.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF Onlus, via Volta, 5 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia
www.euraction.org